

«Grosse Solidarität ist nicht zu erwarten»

Ein Tiefenlager in der Region

verhindern: Das hat sich der Verein Klar! Schaffhausen zum Ziel gesetzt. Wie das erreicht werden soll, erklärt Präsidentin Gabriela Buff im SN-Interview.

VON ROBIN BLANCK

Frau Buff, Sie sind Präsidentin von Klar! Schaffhausen. Wie entschlossen sind Sie, ein Tiefenlager in der Region zu verhindern?

Gabriela Buff: Sehr! Allerdings nur mit legalen Mitteln!

Und wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Buff: Ich gehe davon aus, dass dieses Thema uns noch länger begleiten wird, deshalb muss die Planung den sich verändernden Erfordernissen angepasst werden. Wir werden aber sicher vermehrt grenzüberschreitende Aktionen mit den deutschen Nachbarn durchführen, zumal die Gegnerschaft ennet der Grenze auch sehr engagiert ist.

Bisher hat man Stellung gegen das Lager bezogen, Tonnen aufgestellt, am Montag fand ein Referat der Stiftung Energie Schweiz statt (siehe Artikel unten). Reicht das aus, um ein Tiefenlager zu verhindern?

Buff: Das ist schwierig zu beantworten. Einerseits haben wir eine Gesetzgebung, welche den Kanton dazu verpflichtet, sich dafür einzusetzen, dass kein Lager auf Kantonsgebiet gebaut wird und auch keine vorbereitenden Handlungen dazu vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sind sämtliche Sondierbohrungen eigentlich nicht erlaubt. Andererseits wäre vorstellbar, einen regionalen Naturpark zu schaffen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Atommüll-Endlager in einem solchen Gebiet Platz haben sollte. Mit politischen Mitteln ist zurzeit aber tatsächlich nicht viel zu machen.

Was heisst das also nun für das weitere Vorgehen von Klar! Schaffhausen?

Buff: Was wir immer wieder betonen, ist, dass wir Mehrheiten bilden müssen: Die Bevölkerung muss geweckt werden. Langsam scheint dieses Anliegen auf fruchtbaren Boden zu fallen: Unsere

Aktionen rufen Reaktionen hervor, positive, aber auch negative. Nachdem man bisher den Eindruck bekommen konnte, dass das Thema Endlager die Menschen nicht allzu sehr interessiert, beginnt jetzt die Diskussion. Diese soll so breit wie möglich geführt werden. Am Ende ist es aber unser Ziel, eine Mehrheit gegen das Lager in der Bevölkerung zu finden, denn je mehr Widerstand sich regt, desto unwahrscheinlicher wird es, dass das Tiefenlager in der Region gebaut wird. Man erinnere sich nur an den Wellenberg, als Traktoren auffahren und alles, was stehen oder laufen konnte, mobilisiert wurde.

Sie führen den Wellenberg als Beispiel an. Nur bestand damals im Gegensatz zu heute noch ein wesentlicher Unterschied: Indem das Kernenergiegesetz per 2005 in Kraft trat, wurde das Mitspracherecht der Standortkantone bei der Lagerung der Abfälle abgeschafft. Keine Art von kantonaler Abstimmung kann den einmal gefällten

Entscheid mehr kippen. Wurde von den Tiefenlagergegnern je erwogen, diese Regelung im Kernenergiegesetz via Volksinitiative wieder aufzuheben und den betroffenen Kantonen ihr Mitspracherecht wiederzugeben?

Buff: Das wäre eine Möglichkeit. Wie erfolgreich ein solches Unterfangen sein könnte, würde wiederum vom Rückhalt in der Bevölkerung abhängen. Deshalb streben wir wie gesagt Mehrheiten an.

Das Kernenergiegesetz wurde vom Bundesparlament beschlossen, die Referendumsfrist verstrich damals ungenutzt. War das ein Fehler? Hat man diese Weichenstellung verpasst?

Buff: Das ist richtig: Dass gegen die Aufhebung der Mitsprache nicht eingeschritten wurde, war ein grober Fehler, das wurde von den Gegnern der Atomenergie schlicht verpasst.

In Etappe 3 des Sachplanverfahrens sieht vor, dass die Nagra je einen Standort für hoch aktive und einen für schwach- und mittelak-

tive Abfälle sowie ein Lager für beide Abfallarten vorschlägt. Der Bundesrat wird dann auf Antrag der Nagra eine Rahmenbewilligung erteilen. Nach dem Bundesratsentscheid folgen die Genehmigung durch das Parlament sowie – bei Ergreifen des fakultativen Referendums

gegen die Rahmenbewilligung – eine Volksabstimmung. Will die Gegnerschaft in diesem Punkt aktiv werden?

Buff: Das Referendum ist natürlich das letzte Mittel, aber da muss man sich keine Illusionen machen: Jeder ist froh, wenn das Lager in einer anderen Standortregion gebaut wird, ich habe nicht den Eindruck, dass bei einer solchen Referendumsabstimmung grosse Solidarität zu erwarten ist. Sinnvoller wäre deshalb, wenn wir bereits im Bundesparlament Mehrheiten gegen ein Tiefenlager finden könnten. Weil ganz viele technische Fragen rund um ein Tiefenlager noch ungelöst sind, müssen wir die politischen Entscheidungsträger dafür sensibilisieren.

Welche offenen Fragen stehen für Sie im Vordergrund?

Buff: Das Erbringen des Entsorgungsnachweises bedeutet noch lange nicht, dass die technischen Probleme gelöst sind, viele Fragen werden auch von den Fachleuten kontrovers diskutiert: Welches ist das richtige Wirtsgestein? Wie interagieren die im Bau verwendeten Materialien miteinander? Und wie geht man bei einem dicht verschlossenen Lager mit entstehendem Gas um? Der Opalinuston darf nach Möglichkeit nicht gestört werden, wie aber will man das anstellen, wenn man eine Rampe durch das Gestein gräbt?

Zwar wurden diese Fragen von den Experten aufgeworfen, gleichwohl gab es im Rahmen des Sachplanverfahrens bisher keine Ablehnung der Standorte durch die Involvierten: Sowohl das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) als auch die Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) haben die vorgeschlagenen Standorte bejaht und das Vorgehen der Nagra gestützt. Der Sachplan läuft weiter.

Buff: Man muss sich anschauen, wer an diesem Sachplan beteiligt ist, da kann man nicht von Unabhängigkeit sprechen: Die Nagra hängt am Tropf der





Atomindustrie, die übrigen Stellen sind Bundesbehörden. Das ist eine Beteiligung einzelner Exponenten, die abhängig sind voneinander.

Das Vorgehen ist detailliert im Sachplan aufgezeigt. Ist in Ihren Augen der Sachplan falsch?

Buff: Der Sachplan geht von der Annahme aus, dass ein Endlager auf Schweizer Gebiet gebaut werden muss.

Dann ist eine Lagerung im Ausland für Sie denkbar?

Buff: Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass wir für unseren Müll selber eine Lösung finden müssen. Dennoch: Die Lagerung muss so erfolgen, dass sie mit dem geringsten Risiko verbunden ist, also an einem sicheren, wenig bewohnten Ort. Wir sollten die Lagerung im Ausland als Option offenhalten, auch wenn ich die ethisch-moralischen Bedenken nicht ausser Acht lassen will.

Derzeit läuft das Partizipationsverfahren an. Ist Klar! Schaffhausen involviert?

Buff: Klar! Schaffhausen ist als Verein nicht involviert, aber als Vertreterin der Gemeinde Hallau könnte ich später beteiligt sein, zum jetzigen Zeitpunkt sind aber nur Vertreter der Standortgemeinden einbezogen, und dazu gehört Hallau nicht.

Wie beurteilen Sie das Partizipationsverfahren?

Buff: Da habe ich eine dezidierte Meinung: Das ist nur ein Feigenblatt. Zu den Kernfragen haben die Beteiligten nichts zu sagen. Man kann sich einzig dazu äussern, wie die Oberflächenanlagen aussehen sollen, wo die Strassenführung verlaufen soll und dergleichen. Das sind nicht die essenziellen Fragen, das ist ein Witz.

Wie beurteilen Sie das Engagement der Schaffhauser Kantonsregierung?

Buff: Ich finde, die Regierung macht einen guten Job, ich erachte auch die unabhängige Studie als richtig. Denn diese bringt eine Diskussion in Gang.

Wie ist die Abstützung von Klar! Schaffhausen in der Region?

Buff: Wir haben alle Gemeinden angefragt, nicht alle sind unserem Verein beigetreten. Es gibt auch Kommunen, die zwar gegen ein Atommüll-Endlager sind, aber mit dem zweiten Ziel des Vereins – dem Atomausstieg – nicht einverstanden sind. Wir aber wollen diese Fragen

nicht trennen.

Wir benötigen bereits heute viel Atomstrom. Wenn wir beispielsweise fossile Brennstoffe bei der Mobilität durch strombetriebene Fahrzeuge ersetzen wollen, steigt der Verbrauch zusätzlich an. Wie wollen wir das bewältigen?

Buff: Wir können beim Stromverbrauch nicht so weitermachen, es braucht ein Umdenken: Der Energiehunger unserer Gesellschaft muss überdacht werden. Zudem braucht es mehr Energieeffizienz – Stichwort: Minergiestandard, Strom sparende Geräte, LED-Lampen – und mehr Mittel für die Gewinnung alternativer Energie. Nur zur Erinnerung: Der Nagra stehen für die Endlagerung Milliarden Franken zur Verfügung. Es wäre sicher hilfreich, wenn wir diese Summe in die Forschung investieren könnten. Das kann dazu beitragen, dass eine Versorgungslücke verhindert werden kann. Eventuell muss eine Lenkungsabgabe ins Auge gefasst werden. Aber eins ist ebenso klar: Energie wird auf jeden Fall sehr viel teurer werden.